

An den Bundesminister für Gesundheit
Herrn Prof. Dr. Karl Lauterbach
Friedrichstr. 108
10117 Berlin

Tel.: 030 / 24 636 – 301
Fax: 030 / 24 636 – 120
Mail: hgf@paritaet.org

Unser Zeichen: sne

Berlin, 8. September 2022

Soziale Infrastruktur in Gefahr: Es braucht einen Schutzfonds für soziale Einrichtungen und Dienste

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

mit großer Sorge blicken wir im Zuge der Kostenexplosionen im Bereich Energie auf die Brandmeldungen der Einrichtungen und Dienste unserer Mitgliedsorganisationen. Die derzeitigen Preissteigerungen treffen das gesamte Spektrum sozialer Angebote, von Beratungsstellen bis zu Pflegeeinrichtungen, und ihre Nutzer*innen mit voller Wucht.

Bereits die allgemeinen Preissteigerungen schlagen bei sozialen Einrichtungen und Diensten in diesem Jahr bei allen Käufen von Waren und Dienstleistungen kräftig zu Buche. Hinzu kommt die Gasumlage ab Oktober dieses Jahres. Schließlich haben soziale Einrichtungen und Dienste – je nach Art und Laufzeit ihres Energieliefervertrages – teilweise bereits 2022 die explodierenden Kosten für Gas und andere Energieleistungen zu tragen. Einrichtungen, die Energielieferverträge mit längeren Laufzeiten haben, können sich nicht sicher sein, ob und wann ihre Verträge durch die Energielieferanten vorzeitig aufgekündigt werden.

Angesichts der verschiedenen Finanzierungsformen sozialer Einrichtungen zeichnen sich zudem unterschiedliche Probleme, jedoch überall eine dramatische Zuspitzung der Lage ab. Dort, wo es sich um kommunal finanzierte Leistungen handelt, wie etwa in der Sucht- und Schuldnerberatung, ist das Risiko von Schließungen besonders hoch, gerade bei der angespannten Haushaltslage vieler Kommunen. In der Pflege droht durch die steigenden Energiepreise ein eklatanter Anstieg der Eigenanteile für Pflegebedürftige und letztlich eine Unterversorgung, wenn sich Betroffene die immensen Kosten nicht mehr leisten können.

Die Problemanzeigen aus der Praxis, die uns erreichen, sind alarmierend: Einrichtungen und Dienste rechnen teilweise mit einer Verzehnfachung der Kosten für Gas und Strom und wissen noch nicht, wie diese finanziert werden sollen. Der Versuch, auf dem Verhandlungsweg die Finanzierung sicherzustellen, ist zeit- und ressourcenintensiv und in der Fläche gesehen extrem schwierig. Eine Umlage der Kosten auf die Nutzer*innen ist vielfach weder möglich noch den Betroffenen zumutbar.

Soziale Einrichtungen und Dienste sind in einem noch nicht gekannten Ausmaß in ihrer Existenzgrundlage bedroht. Energiesparen alleine kann hier keine Abhilfe schaffen bei den exorbitanten Energiekosten. Ohne zügige staatliche Unterstützung sind Insolvenzen in der Breite der sozialen Infrastruktur und eine Einebnung eben dieser nicht auszuschließen.

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

in dieser höchst dramatischen und unsicheren Lage bitten wir Sie dringend um Ihre Unterstützung. Bund und Länder müssen unter Beteiligung der Wohlfahrtsverbände schnellstens an einen Tisch und einen Schutzfonds für soziale Einrichtungen und Dienste auf den Weg bringen. Es braucht in dieser Krise einen solchen Schutzfonds, um die soziale Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Anderenfalls droht das Wegbrechen einer elementaren Säule der Daseinsvorsorge mit verheerenden Konsequenzen für alle, die auf Hilfe, Beratung und Unterstützung angewiesen sind.

Wir haben uns erlaubt, gleichlautendes Schreiben Herrn Bundesminister Heil, Frau Bundesministerin Paus, dem Vorsitzenden der Arbeits- und Sozialministerkonferenz 2022, der Vorsitzenden der Gesundheitsministerkonferenz 2022 und der Vorsitzenden der Jugend- und Familienministerkonferenz 2022 zukommen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Ulrich Schneider
Hauptgeschäftsführer